



## Stellungnahme des GEB Tübingen zu der Personalausstattung in den Kindertageseinrichtungen (Vorlage 108/2010)

Kindertagesstätten sind wichtige Orte für Bildung und Erziehung. Um über die Betreuung hinaus Kinder in ihren individuellen Entwicklungsverläufen adäquat begleiten zu können, müssen geeignete Rahmenbedingungen in den Einrichtungen vorhanden sein. Die Arbeitsbedingungen der pädagogischen Fachkräfte stellen wesentliche Faktoren für gelingende Bildungsprozesse dar. Die Bedeutung der frühkindlichen Bildung ist wissenschaftlich hinreichend belegt und findet mittlerweile breite Anerkennung: „Die ersten Lebensjahre und das Kindergartenalter sind die lernintensivste Zeit im menschlichen Dasein.“ (Orientierungsplan S. 16). An dieser Stelle genügen jedoch keine Lippenbekenntnisse und auch nicht der rein quantitative Ausbau von Betreuungsplätzen.

Die aktuelle Vorlage der Stadt Tübingen zur Personalausstattung in den Kindertageseinrichtungen, die **insgesamt Einsparungen in der Höhe von 1,6 Millionen Euro**, davon 426.000 Euro konkret für Personalkosten, bei der Betreuung der Jüngsten unserer Gesellschaft vorsieht, ist daher aus unserer Sicht nicht akzeptabel.

Trotz prekärer Haushaltslage halten wir das Vorhaben der Stadt, an den Bildungsausgaben pro Kind zu sparen, für grundlegend falsch. Auf die Frage: „Können wir es uns noch leisten, mehr Personal pro Kind anzustellen als gefordert und in anderen Städten üblich?“ (Boris Palmer in seiner Neujahrsrede vom 29.01.10), lautet die Antwort eindeutig: „Ja!“. Wenn wir Bildung als den Schlüssel zur Überwindung sozialer Hierarchien verstehen, darf an dieser Stelle nicht gekürzt werden. Und das erwähnte, von der Landesregierung geforderte „Mindestmaß“ kann nicht ernsthaft als Orientierungsgröße für tatsächlichen Bedarf pädagogischer Qualität verstanden werden. Von den geplanten Kürzungen im Bildungsbereich werden Kinder in benachteiligten Lebenslagen in besonderem Maße betroffen sein.

Seit Jahren setzt sich der GEB für einen besseren Betreuungsschlüssel der Tübinger Kindertagesstätten ein, um qualitativ hochwertige pädagogische Arbeit gewährleisten zu können. Im Oktober 2007 haben wir Herrn Palmer zusammen mit dem Lokalen Bündnis für Familie ca. 1500 Unterschriften übergeben, mit der Bitte, den Personalschlüssel von 1,72 auf 2,0 Erzieher/innen pro 30 Stunden und Gruppe zu erhöhen. Die Gründe dafür waren vielfältig und bestehen in den Kindergärten heute genauso wie vor 3 Jahren. Sie können in unserem Schreiben an die Stadt vom 15.10.07 ausführlich nachgelesen werden. Zusätzliche Einsparungen anstelle von Ausbau sind unverantwortlich.

Bereits die aktuelle Entwicklung in den Kindertagesstätten verfolgen wir besorgt:

- Es ist zu beobachten, dass Vollzeitstellen aus verschiedenen Gründen in Teilzeitstellen umgewandelt werden müssen. Dadurch wird die Verfügungszeit bereits aktiv gekürzt.
- Mit dem Vorhaben, in Kindergartengruppen als Zweitkraft Kinderpfleger/innen statt Erzieher/innen einzusetzen, wird man den Anforderungen des Orientierungsplanes in keinsten Weise gerecht. Es ist ein weiteres Signal, dass Bildung unserer Kinder möglichst wenig kosten soll.
- 2009 wurden die Gebühren bereits um 5 % angehoben. Angesichts einer vorgesehenen weiteren Anhebung der Gebühren ist es nicht vertretbar, die Personalausstattung in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu kürzen. Es wäre im Gegenteil angebracht, die Bedingungen im Sinne der Kinder zu verbessern.

Die Rahmenbedingungen, die der baden-württembergische Orientierungsplan für ganzheitliche frühkindliche Bildung formuliert, stützen die Annahme, dass Aus- und nicht Abbau im Kindertagesbereich erforderlich wird. Eine „Veränderung der Rolle der pädagogischen Fachkräfte“ (Eckpunkte des Orientierungsplans, Punkt 9) wird notwendig. Sie beinhaltet den Ausbau der interdisziplinären Kooperation (vgl. z. B. Orientierungsplan S. 53) und der vermehrten schriftlichen Entwicklungsbeobachtung und Dokumentation (vgl. ebd. S. 51). Im Rahmen der auch im Orientierungsplan ausdrücklich gewünschten gemeinsamen Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung (vgl. ebd. S. 42) kommen weitere Herausforderungen auf das pädagogische Personal zu. Dieser Bildungsanspruch wird mit dem von der Stadt formulierten Vorhaben nicht zu erreichen sein. Zudem stehen geplanten Kürzungen im Widerspruch zur Übereinkunft von Land und kommunalen Landesverbänden vom 24.11.2009. Hier wurde festgestellt, dass „Land und Kommunale Landesverbände sich dem gemeinsam angestoßenen Prozess der **qualitativen** Weiterentwicklung der Kindergärten verpflichtet sehen“ und daher den Personalschlüssel ab 01.09.2010 stufig ausbauen!

Fraglich ist darüber hinaus die Praxis, dass ggf. einzelne Betreuungsgruppen darunter zu leiden haben, dass der Personalschlüssel nicht für jede Gruppe individuell gelten soll, sondern nur im "Durchschnitt". Die buchhalterische Feststellung, dass durch diese veränderte Ermittlung des Personalschlüssels ein Einsparpotential bzgl. Personal besteht, ist nach unserem Erachten nicht mit der Realität vereinbar.

Auch in finanziell guten Jahren wie 2008 ist den Forderungen der Eltern nicht entsprochen worden. Die marginale Erhöhung des Stellenschlüssels von 1,72 auf 1,75 hat in der Praxis nicht zu einer nennenswerten Veränderung geführt. Die Tatsache, dass wir heute unter steigenden Gebühren kämpfen müssen den Status quo zu erhalten, ist frustrierend.

Für uns Eltern ist nachvollziehbar, dass die aktuelle finanzielle Situation der Stadt Einsparungen notwendig macht. Über Stellenkürzungen im Betreuungsbereich bei gleichzeitiger Gebührenerhöhung würden Familien jedoch gleich mehrfach die Kosten der Krise tragen. Dieses Vorhaben ist in einer kinderfreundlichen Stadt wie Tübingen in Anbetracht der Tatsache, dass die Familien als BürgerInnen der Stadt auch von weiteren Sparmaßnahmen betroffen sein werden, nicht nachvollziehbar.

Das Land Baden-Württemberg steht mit der Aussage „Bei Kindern und Bildung wird nicht gekürzt.“ (Stefan Mappus in seiner Regierungserklärung am 10.03.10) gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern in der Verantwortung . Der GEB ist gerne bereit, die Stadt Tübingen in ihren Forderungen dem Land gegenüber zu unterstützen.

Abgesehen davon, dass wir Investitionen in die Bildung unserer Kinder nicht rein ökonomisch betrachten können („wirtschaftlicher auch bei Bildung und Betreuung“, Boris Palmer in seiner Neujahrsrede am 29.01.10), halten wir die Annahme, dass durch Kürzungen Kosten gespart werden könnten, für falsch. Einsparungen im Bildungsbereich in der Gegenwart werden höhere Folgekosten in der Zukunft verursachen. Und das kann sich Tübingen erst recht nicht leisten!

Daher ist das Motto „Quantität vor Qualität“ beim Ausbau der Kleinkindbetreuung nicht akzeptabel. In Zeiten, in denen Kindergärten nicht mehr familienergänzend, sondern familienersetzend sind, können wir Kürzungen weder beim Personal noch bei der Verfügungszeit akzeptieren - zumal nicht bei gleichzeitig steigenden Gebühren.

Die Fraktionen im Gemeinderat und die sie vertretenden Personen im Sozialausschuss bitten wir daher dringend darum, die Vorlage 108/2010 in der vorliegenden Fassung abzulehnen.

**Für den Vorstand des Gesamtelternbeirat Kinderbetreuungseinrichtungen Tübingen (GEB Kita): Der Vorstand.**

Rainer Drake, Vorsitzender

Wolfgang G. Wettach, Vorstandssprecher

Carolin Petry

Judith Janischewski

Alexander Gaupp

Philipp von Bismarck

Susanne Elsner

Katrin Martenson

Stefanie Mohr

Katja Büchner